

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger- und die Anzeiger-Verwaltung entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Anzeiger Nr. 25.

Angabenpreis für die Anzeiger-Verwaltung: 20 Goldmarken, 20 Goldmarken, 20 Goldmarken, 20 Goldmarken, 20 Goldmarken, 20 Goldmarken, 20 Goldmarken, 20 Goldmarken, 20 Goldmarken, 20 Goldmarken.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 251

Dienstag, den 27. Oktober 1925

20. Jahrgang

### Rücktritt der deutschnationalen Reichsminister.

Berlin, 25. Okt. Der Vorstand der deutschnationalen Reichstagsfraktion trat am Sonntag nachmittag fünf Uhr zusammen und beriet über die durch den Beschluß des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden vom Freitag abend geschaffenen Lage.

Nach einstündiger Beratung begann 6.20 Uhr die Sitzung der Fraktion, die von über 80 Mitgliedern besucht war. Reichsinnenminister Schiele nahm an der Sitzung teil. Nachdem Graf Westarp, der Vorsitzende der Fraktion, Bericht erstattet hatte und den Vorschlag des Fraktionsvorstandes vorgelegt hatte, nahm die Fraktion schon um 7/7 Uhr, also nach sehr kurzer Aussprache, den Vorschlag des Fraktionsvorstandes einstimmig an und beschloß: „In Verfolg des Beschlusses der Reichstagsfraktion vom 21. Oktober und des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden der deutschnationalen Volkspartei vom 23. Oktober billigt die Fraktion den Entschluß der Herren Minister Schiele, Neuhaus, v. Schlieben, noch heute ihre Entlassung nachzusuchen.“

Nachdem der Beschluß gefaßt war, verließ Minister Schiele die Sitzung. Die Fraktion blieb aber noch weiter zusammen und sprach sich über die Lage aus.

Wie die D.-U. erzählt, haben die Minister Schiele, v. Schlieben und Neuhaus entsprechend der in der deutschnationalen Entschließung enthaltenen Ankündigung am Sonntag abend neun Uhr dem Reichskanzler ihre Rücktrittsgesuche überreicht.

#### Pressstimmen zur Kabinettskrise.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben: Im übrigen ist durch das seltsame Verhalten der deutschnationalen unsere Stellung gegenüber der vertragmäßigen Gegenpartei von Locarno nicht unbedenklich geschwächt worden. Die deutschnationalen hatten wahrhaftig Zeit genug, während der Verhandlungen in Locarno ihren Widerspruch mit aller Deutlichkeit geltend zu machen. Sie waren aber den Verlauf der Besprechungen genau unterrichtet. Die Herren Schiele, Neuhaus und v. Schlieben hätten auch noch unmittelbar nach der Rückkehr der deutschen Abordnung aus Locarno in den Kabinettsitzungen die abweichende Haltung ihrer Partei mit Nachdruck vertreten können. Aber das ist offenbar nicht geschehen. Wenigstens ist der Öffentlichkeit wiederholt mitgeteilt worden, daß die Grundzüge der Vereinbarungen von Locarno vom ganzen Kabinetts einstimmig gebilligt worden seien, selbstverständlich mit der Einschränkung, daß die endgültige Entscheidung über den Vertrag von der Erfüllung der „Nebenwirkungen“ durch die Gegenseite abhängig zu machen sei. Nun haben die drei Minister aber unter dem Druck ihrer Partei ihren ursprünglichen Standpunkt aufgegeben, und da-

mit ist eine Komplizierung auch der außenpolitischen Lage eingetreten, deren Folgen noch nicht abzusehen sind, für die aber allein die deutschnationalen verantwortlich gemacht werden müssen.

Nicht unwesentlich für die Beurteilung der Lage ist schließlich der Umstand, daß nur 80 Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion den Beschluß gefaßt haben, der zu dem Rücktritt der drei Minister ihrer Partei Anlaß gegeben hat. Die gesamte deutschnationale Reichstagsfraktion zählt aber rund 110 Mitglieder. Es wird noch zu erörtern sein, ob die Abwesenheit von 50 Mann bei diesem wichtigen Beschluß auf besondere Gründe zurückzuführen ist.

In der „Vossischen Zeitung“ schreibt Georg Bernhard: Die Vorgänge in der deutschnationalen Partei sind kennzeichnend für den Mangel an Mut der deutschnationalen Führer. Sie haben Furcht vor ihren Wählern, Furcht vor den Völkischen, Furcht voreinander, und nicht zuletzt Furcht davor, daß das deutsche Volk sie zur Rechenschaft für die durch sie verlorenen Jahre ziehen wird. Seit dem Frieden von Versailles hat die ganze Politik der deutschnationalen Volkspartei darauf beruht, im deutschen Volk den Glauben an die nahe Nebanhe großzuziehen. Keinen anderen Zweck kann die Ermutigung zur Soldatenpielerei, die dauernde Aufhebung gegen die Alliierten und die Beschimpfung und Bedrohung all derer gehabt haben, die in Deutschland versuchten, durch Verständigung mit den mächtigen Gegnern Ruhe, Frieden und Sicherheit für Deutschland zu schaffen. Immer, wenn die Stimmung in der Welt und die wirtschaftlichen und weltpolitischen Verhältnisse bei den Alliierten diese einer Verständigung geneigt erscheinen ließen, haben die deutschnationalen dafür gesorgt, daß auf dem Buckel Deutschlands die Einigkeit der Alliierten wieder hergestellt wurde. Dieser ganze Kitzel von Stappenkriegern hat die Not der besetzten Gebiete von Jahr zu Jahr vermehrt. Ihm war es recht, daß der Kampf um seine Parteistrippe bis zum Verbluten des letzten Rheinländers geführt wurde. Er hat durch seine Großmäuligkeit zum Leiden des Rheinlandes noch die unfragbare Not der Ruhrbevölkerung gesetzt. Um dann endlich einzusehen, daß nur mit den Weisheiten der verästerten Erfüllungspolitik die Befreiung Deutschlands vom fremden Joch möglich ist. Mit dieser gestohlenen Politik haben dann die deutschnationalen Minister operiert. Aber sie haben nicht den Mut aufgebracht, den Diebstahl einzugestehen. Sie waren zu feige, die Bevölkerung über ihre veränderten Wege aufzuklären. Sie haben heimlich Versöhnung getrieben, öffentlich aber genau so weiter geredet, als ob sich nichts verändert hätte. Sie haben geglaubt, sie werden „die dummen Massen“ schließlich schon irgendwie herumkriegen.

### Die Griechen setzen den Vormarsch fort.

#### Telegramm an den Völkerbund.

Sofia, 25. Okt. Die bulgarische Telegraphenagentur meldet über die Lage an der griechisch-bulgarischen Grenze: Heute nachmittag gegen 4 Uhr hielten die Griechen überall weiße Fahnen, als jedoch die bulgarischen Soldaten sich daraufhin näherten, wurden sie beschossen. Um 1/2 6 Uhr wurde das Artilleriefeuer griechischerseits auf der ganzen Front wieder aufgenommen und Infanterieeinheiten setzten ihren Vormarsch in Richtung auf Petritsch fort. Die bulgarischen Behörden ordneten bisher die Räumung von zehn Ortschaften an, von denen sieben von den griechischen Truppen besetzt worden sind und drei dauernd bedroht werden. Die Zahl der Flüchtlinge, die im freien Kampfen müssen, beläuft sich auf mehrere Tausende. Aus den besetzten Ortschaften werden zahlreiche Auswanderungen gemeldet. Ein junger Purche in Topolniza ist in Gegenwart seiner Mutter von den griechischen Soldaten ermordet worden. In Piperska wurde eine alte Frau durch einen Schuß am Auge verletzt. Eine Gruppe bulgarischer Emigranten, die entsprechend dem griechisch-bulgarischen Auswanderungsabkommen auf dem Wege zur Grenze waren, haben erst heute, nachdem sie 18 Tagen von den griechischen Besatzungsmännern festgehalten worden waren, die ersten Anzeichen der griechischen Truppen passieren dürfen.

Die bulgarische Presse gibt allgemein ihrer Entrüstung über den Angriff Griechenlands auf ein entlassenes Land Ausdruck. Die offizielle „Demokratische Gabor“ erinnert an die friedenserhaltende Aufgabe des Völkerbundes und hofft, daß diese Einrichtung diese neue Prüfung in Ehren bestehen wird. Das bulgarische Volk, das durch den Angriff in Bestürzung geraten sei, erwarte, daß dem Recht Genüge geschehe. Der unabhängige „Slavo“ erklärt, wenn die Verantwortung für den Zwischenfall auch nur zu einem Teil auf Bulgarien falle, so sei es bereit, die Folgen zu tragen. Wenn hingegen durch den Völkerbund nachgewiesen würde, daß der Angriff von Griechenland ausging, so wäre es nur natürlich, daß dieses gezwungen würde, den angerichteten Schaden wieder gutzumachen. Das Oppositionsblatt „Nesawisimost“ glaubt, daß das Ansehen und die Zukunft des Völkerbundes auf dem Spiele stehen. „Name“ bezeichnet den griechischen Angriff als ein Attentat auf den neuen Geist, der seit Locarno in Europa herrscht. Ebenso wendet sich „Bora“ gegen das griechische Vorgehen, das vor allem die seit der letzten Konferenz herrschende, einer Verständigung der Völker günstige Atmosphäre beeinträchtigt.

Der bulgarische Minister des Äußeren Kalfoff richtete an den französischen Außenminister in Verantwortung des Schreibens Briand's folgende Depesche: In Bestätigung des gestrigen Telegramms betreffend die Einberufung einer Sonder Sitzung des Völkerbundes für Montag in Paris, beileibe ich mich, den Kauf der bulgarischen Regierung für die Schnelligkeit auszubringen, mit der der Rat und das Völkerbundssekretariat in dem griechisch-bulgarischen Konflikt, der durch die Verletzung bulgarischer Territorien durch den Einmarsch griechischer Truppen hervorgerufen wurde, intervenieren. Im Bewußtsein der Pflichten, die Bulgarien als Mitglied des Völkerbundes obliegen, hat die Regierung den Truppen den kategorischen Befehl gegeben, nichts zu unternehmen, was die Situation verschlimmern könnte. Obwohl die bulgarischen Truppen niemals in griechisches Gebiet eingedrungen sind, sind doch neue dringende Instruktionen im Sinne der Empfehlung Curer Erzellens gegeben worden. Weiter muß ich mitteilen, daß noch immer griechische Truppen auf bulgarischem Territorium verbleiben und daß zur Stunde ihre Artillerie fortfährt, die umgeschichtete Stadt Petritsch zu beschließen. Wir protestieren erneut dagegen und bitten Cure Erzellens, dagegen sofort einzuschreiten. Die bulgarische Regierung wird in der Sonder Sitzung des Völkerbundes von ihrem Gesandten in Paris Moroff vertreten sein.

Wie aus Athen gemeldet wird, hat der griechische Außenminister Gadjafriafos an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm gerichtet, worin er in Erwiderung auf dessen drei Telegramme über den griechisch-bulgarischen Zwischenfall auf das Unverwundete und Unprovokierte des bulgarischen Angriffes, durch den auf griechischer Seite ein Hauptmann und ein Soldat ums Leben kamen, hinweist. Das Telegramm erklärt u. a.: Angesichts dieser unqualifizierbaren Haltung machte die griechische Regierung ihrem Oberkommando gestatten, die jetzigen Maßnahmen zu ergreifen, die sich zur Verteidigung und erforderlichenfalls zur Klärung des jetzt noch an einigen Stellen von regulären Truppen besetzten griechischen Staatsgebietes als notwendig erwiesen. Sobald die zwei griechischen Grenzposten, deren Wiederbesetzung durch das bulgarische Heer noch unmöglich ge-

#### Keine weiteren Optanten-Ausweisungen.

Warschau, 24. Okt. Heute mittag veröffentlichte das Außenministerium die Liste der deutschen Optanten, die laut den Wiener Bestimmungen ausgewiesen werden sollten und auf deren Ausweisung jetzt verzichtet wird. Es sind im Ganzen 711 Personen, darunter sind 136 im Kreise Wenzeslaw, 98 in Rawicz, 34 im Kreise Oleszow, 12 in Posen, 8 im Kreise Posen und weiter einzelne Familien in verschiedenen Städten, Dörfern und Gutbesitzungen im Innern Polens. 90 Prozent dieser Anzahl gehört zum landwirtschaftlichen Stand.

#### Politische Zusammenstöße in Dortmund.

Dortmund, 25. Okt. Am Sonnabend fand in Freudenbaum eine von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei einberufenen Versammlung statt, auf der Adolf Hitler sprechen sollte, dem aber auf Grund einer Anweisung des Innenministeriums das Auftreten untersagt wurde. Auf der Zugangsstraße zum Versammlungslokal kam es zwischen Hitleranhängern und dem Publikum mehrfach zu Zusammenstößen, wobei ein Hitlermann und ein Kommunist durch Messerstiche verletzt wurden. Die Polizei säuberte verschiedentlich die Straße, wobei Polizeibeamte und auch Hitleranhänger durch Steinwürfe verletzt wurden. Nach der Versammlung wurde von einem Lastkraftwagen, auf welchem sich Hitleranhänger auf der Fahrt nach dem Bahnhof befanden, geschossen. Eine Untersuchung führte zur Entdeckung von Armeewehr, Armeestrommelrevolver, Gummiknüppel, Totschlängern, Dolchen und Schlagringen. Eine Anzahl von Leuten, in deren Besitz sich Waffen befunden hatten, wurden festgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Hitlermann, der seinem Gegner den Messerstich in den Unterleib beigebracht hatte.

#### Abweisung der Klage um Aufwertung der alten 1000-Mark-Scheine.

Berlin, 24. Okt. In den Sachen Jantsch gegen die Reichsbank und Winter gegen die Reichsbank wegen Aufwertung alter Reichsbanknoten auf 1000 Mark stand heute vor dem Kammergericht Termin zur Verhandlung über die von den Klägern eingelegte Berufung an. Nach ausführlichen Verhandlungen verurteilte das Gericht sein Urteil dahin, daß beide Berufungen zurückgewiesen werden. Demnach hat auch das Kammergericht, wie das Gericht erster Instanz, die Bestrebungen des sogenannten Reichsbankgläubigerverbandes für unrechtmäßig erklärt.

#### Keine Erkrankung Dr. Wieths.

Freiburg, 25. Okt. Bei der hier wohnenden Mutter des Reichskanzlers a. D. Dr. Wieth ist ein Telegramm eingetroffen, in dem Dr. Wieth die Nachrichten von seiner Erkrankung als unrichtig bezeichnet. Sein Gesundheitszustand sei immer sehr gut gewesen.

#### Um die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Warschau, 25. Okt. Der polnische Bevollmächtigte bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen Dr. Bronzyski wurde gestern abend von dem Ministerpräsidenten Grabowski empfangen. Presseäußerungen zufolge rechnet man hier mit der Möglichkeit einer baldigen Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.